

# Amtsblatt der Stadt Landshut

67. Jahrgang Nr. 28

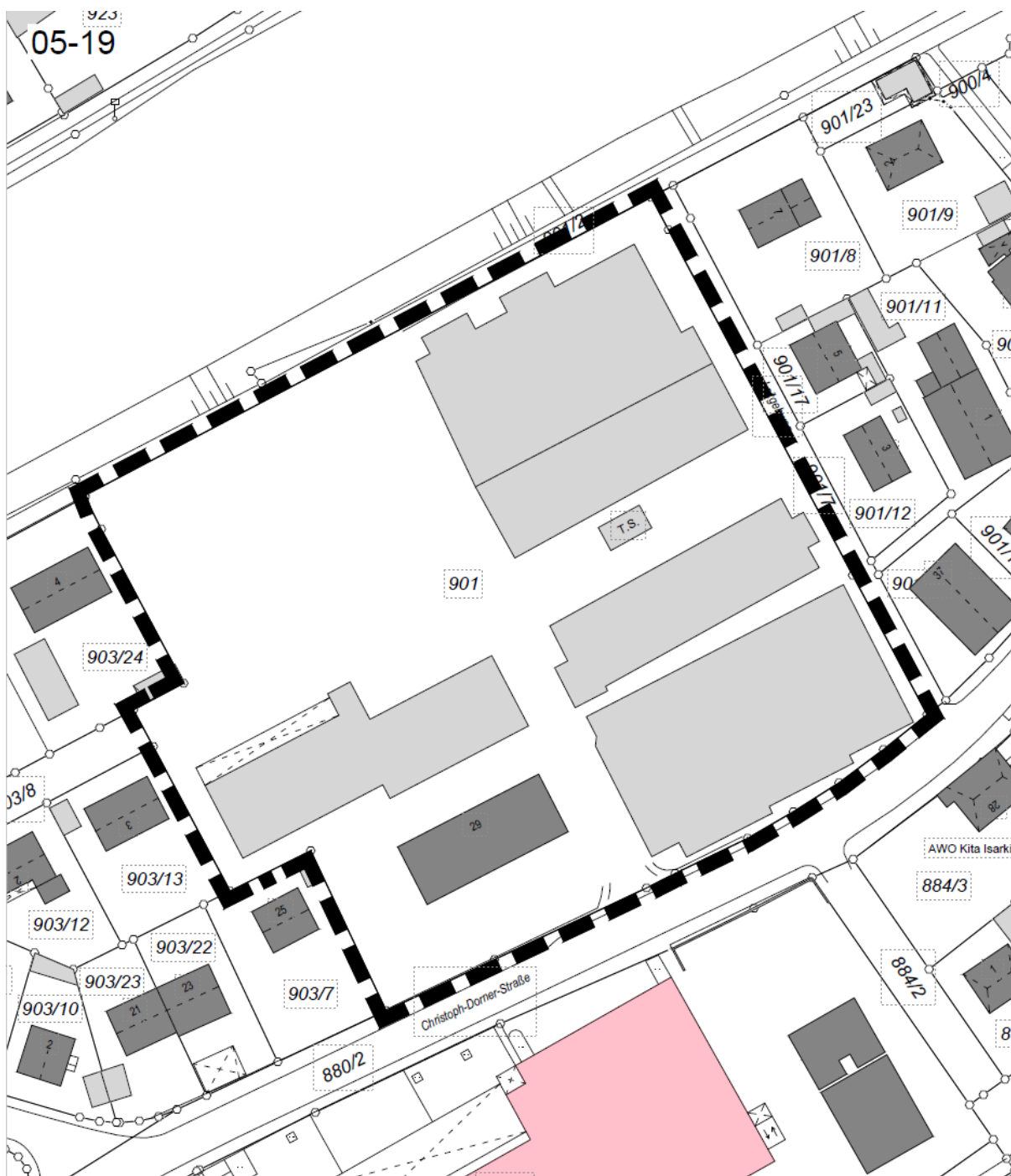
Montag, 21. Oktober 2024

Einzelpreis 1,75 €

**INHALTSVERZEICHNIS:** Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-19 „Nördlich Christoph-Dorner-Straße – westlich Leitgebweg“, Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10-4 „Nördlich Mühlbachstraße, südlich Theodor-Heuss-Straße“, Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-78 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg, Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG); Bekanntmachung der Einziehung von Teilflächen der Ortsstraße Nr. 28 „Bahnhofplatz“, Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2023-238

---

**Vollzug des BauGB;**  
**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-19 „Nördlich Christoph-Dorner-Straße – westlich Leitgebweg“**  
**vom 12.07.2024 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)**  
**hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in der Sitzung am 12.07.2024 gemäß § 2 Abs. 1 beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

Nr. 05-19

und die Bezeichnung

„Nördlich Christoph-Dorner-Straße – westlich Leitgebweg“.

Der abgebildete Lageplan des Amtes für Stadtentwicklung und Stadtplanung mit Kennzeichnung der Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes ist Bestandteil des Beschlusses. Der räumliche Geltungsbereich

des aufzustellenden Bebauungsplanes kann beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden eingesehen werden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

**Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung:**

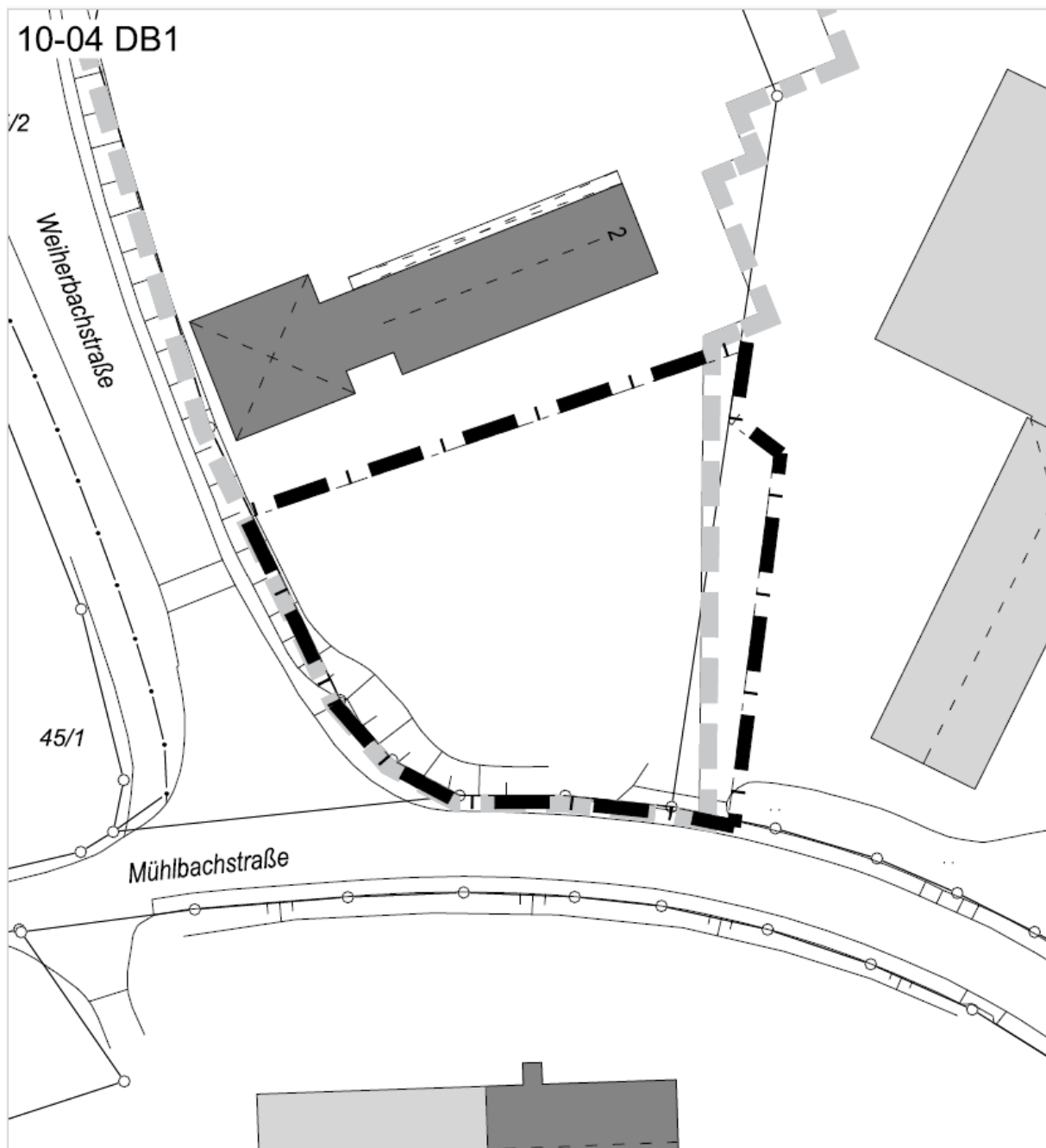
Eine geordnete Umwandlung einer bisher gewerblich genutzten Fläche zu neuem Wohnraum.

**STADT LANDSHUT**  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

-----

**Vollzug des BauGB:**

**Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10-4 „Nördlich Mühlbachstraße, südlich Theodor-Heuss-Straße“ vom 09.03.2006 i.d.F. vom 25.07.2008 - rechtsverbindlich seit 15.09.2008 – durch Deckblatt Nr. 1 vom 11.10.2024 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in der Sitzung am 11.10.2024 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, den vorhabenbezogenen Bebauungsplan

**Nr. 10-4**  
**„Nördlich Mühlbachstraße, südlich Theodor-Heuss-Straße“**

Durch

**Deckblatt Nr. 1**

im beschleunigten Verfahren gem. § 13a (Bebauungsplan der Innenentwicklung) zu ändern.

Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren sind gegeben, da die zulässige Grundfläche der baulichen Anlagen im Geltungsbereich unter 20.000m<sup>2</sup> liegen. Durch die Änderung wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer

Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Außerdem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. b BauGB genannten Schutzgüter. Damit ist nach § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB kein Ausgleich nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erforderlich.

Es wird hiermit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekannt gemacht, dass keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wird.

Wesentliche Ziele und Zwecke der Planung sind:

Die Erforderlichkeit zur Änderung des bestehenden vorhabenbezogenen Bebauungsplans durch Deckblatt Nr. 1 ergibt sich aus dem hohen Bedarf an Wohnraum, welchem durch eine verträgliche vertikale Nachverdichtung nachgekommen wird.

Die Stadt Landshut gibt der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Gelegenheit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten und sich hierzu innerhalb der Frist vom

**29.10.2024 bis einschl. 29.11.2024**

zu äußern.

Die Unterlagen können unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

[https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView\\_Beteiligung.aspx](https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx)

Zusätzlich erfolgt die Unterrichtung beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

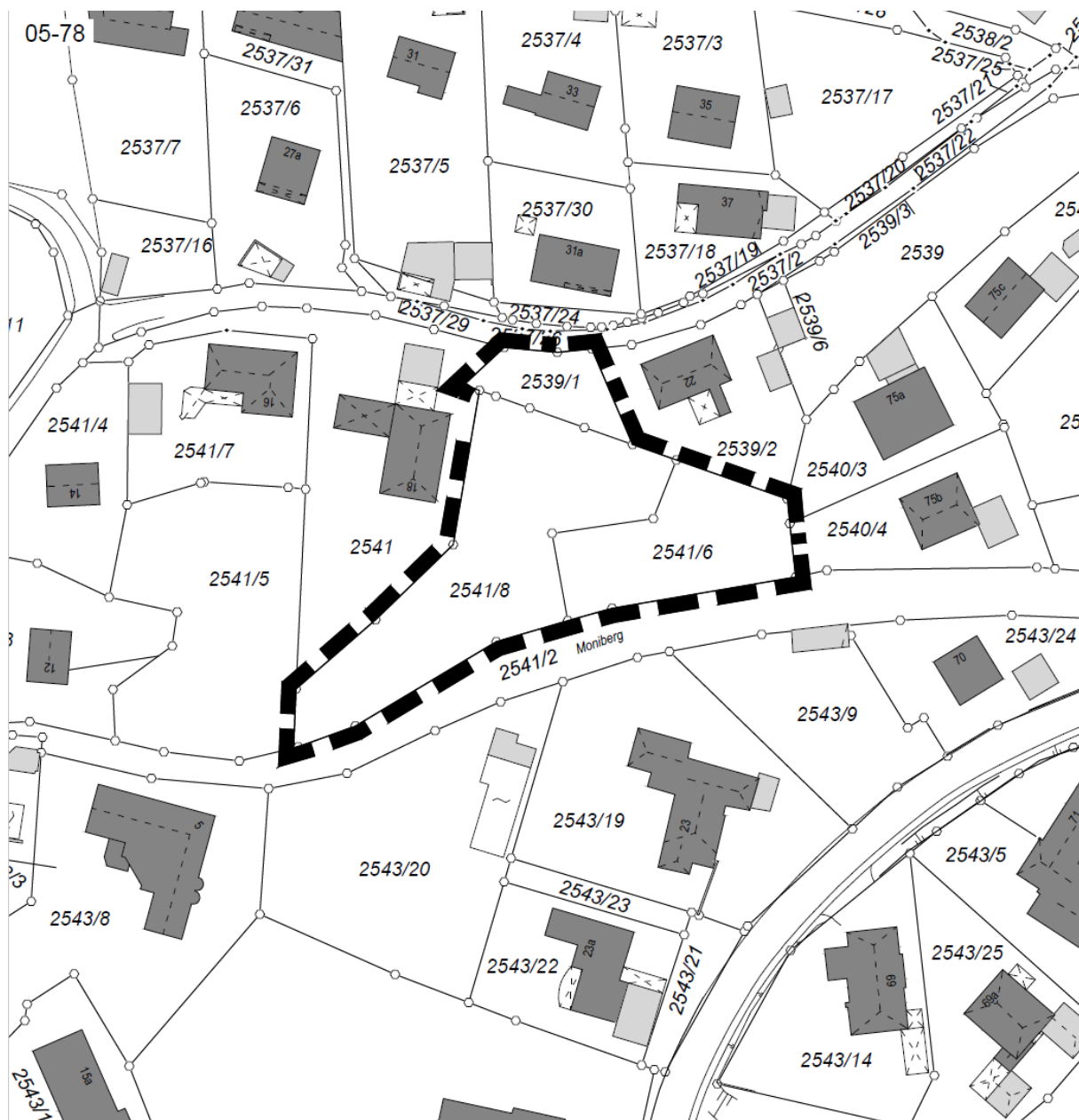
Stellungnahmen sollen während der Auslegungsfrist elektronisch übermittelt werden. Bei Bedarf können die Stellungnahmen in analoger Form oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

-----

#### **Vollzug des BauGB:**

**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-78 „Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“ vom 11.10.2024 im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 BauGB entsprechend § 13a Abs. 3 Satz 2 BauGB**



Der Bausenat der Stadt Landshut hat in der Sitzung am 11.10.2024 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

**Nr. 05-78**

und die Bezeichnung

**„Zwischen Pulverturmstraße und Schwarzem Weg“.**

Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren sind gegeben, da die zulässige Grundfläche der baulichen Anlagen im Geltungsbereich unter 20.000m<sup>2</sup> liegen. Durch die Aufstellung wird nicht die Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen. Außerdem bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. b BauGB genannten Schutzgüter. Damit ist nach § 13a Abs. 2 Nr. 4 BauGB kein Ausgleich nach der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung erforderlich.

Es wird hiermit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 ortsüblich bekannt gemacht, dass keine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt wird.

Wesentliche Ziele und Zwecke der Planung sind:

Die Ermöglichung einer umgebungsangepassten Wohnbebauung im nördlichen Teil des Geltungsbereichs unter Berücksichtigung der komplexen topographischen Verhältnisse bei gleichzeitig bestmöglichem Erhalt der vorhandenen dichten Vegetation.

Die Stadt Landshut gibt der Öffentlichkeit gem. § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Gelegenheit, sich über die allgemeinen Ziele und Zwecke, sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung zu unterrichten und sich hierzu innerhalb der Frist vom

**29.10.2024 bis einschl. 29.11.2024**

zu äußern.

Die Unterlagen können im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

[https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView\\_Beteiligung.aspx](https://dlp-pub.gds-hosting.net/ListView_Beteiligung.aspx)

Zusätzlich erfolgt die Unterrichtung beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden.

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stadtverwaltung Landshut und damit auch das Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung am 01.11.2024 geschlossen ist. Aufgrund dessen wird der Auslegungszeitraum entsprechend verlängert.

Stellungnahmen sollen während der Auslegungsfrist elektronisch übermittelt werden. Bei Bedarf können die Stellungnahmen in analoger Form oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben, wenn die Stadt Landshut den Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist.

STADT LANDSHUT  
- Referat für Bauen und Umwelt -  
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

-----

**Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG): Bekanntmachung der Einziehung von Teilflächen der Ortsstraße Nr. 28 „Bahnhofplatz“:**

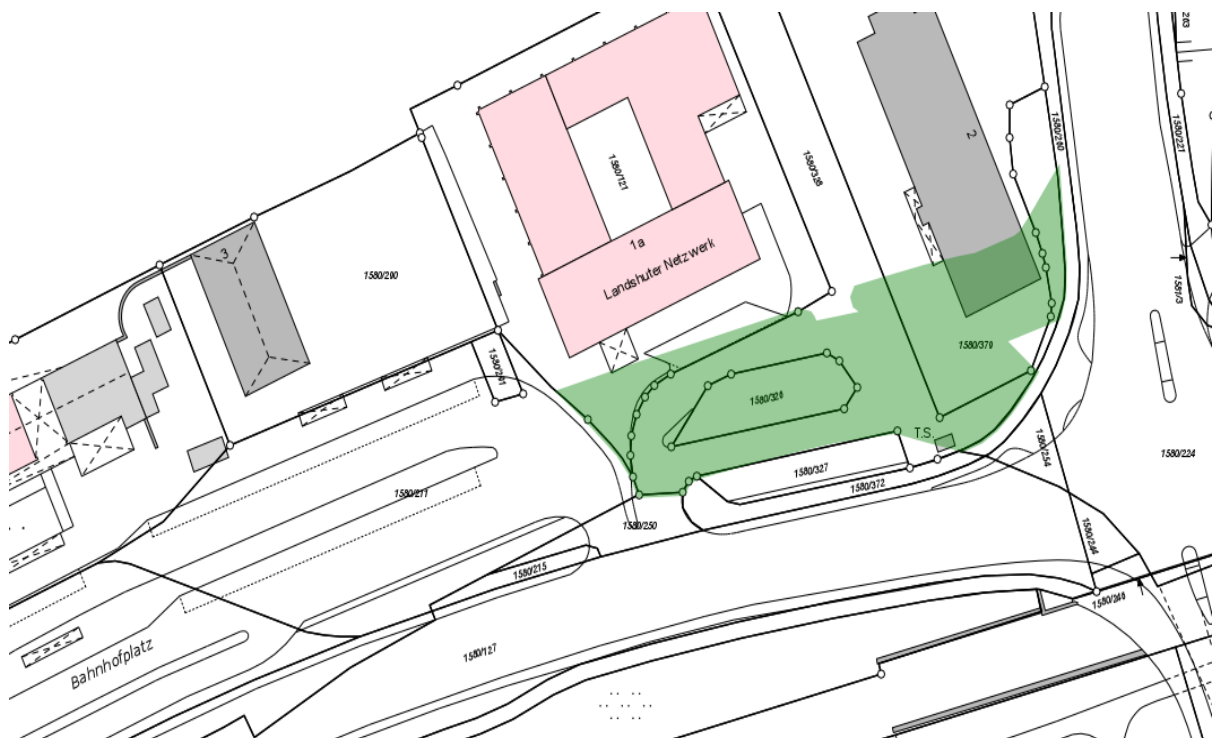
Die Stadt Landshut als zuständige Straßenbaubehörde gibt hiermit bekannt, dass im Verwaltungssenat des Stadtrates am 02.07.2024 beschlossen wurde, dass folgende im Lageplan grün dargestellte Teilflächen der Ortsstraße Nr. 28 „Bahnhofplatz“ einzogen werden.

**Ortsstraße:**

Straßenzug Nr.	Straßenbezeichnung	Flurnummer/Teil	Gemarkung	Begründung
28	Bahnhofplatz	Teilflächen aus Fl.Nr. 1580/121, 1580/326, 1580/328, 1580/379	Landshut	Verlegung des Straßenverlaufs im Zuge des

				Ausbau des Bahnhofknotens (Mainburger Brücke und Berlinger Brücke) in den 1980er Jahren
--	--	--	--	---

#### Lageplan:



Geobasisdaten©Bayerische Vermessungsverwaltung 2024

Die bisherigen Bestandteile der öffentlichen Straßen haben im vorbezeichneten Umfang ihre Verkehrsbedeutung vollständig verloren.

Die Einziehungsabsicht wurde im Amtsblatt Nr. 18 vom 15.07.2024 (S. 112) bekannt gemacht. Nach Ablauf der Bekanntmachungsfrist wird nunmehr die Einziehung verfügt.

#### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden beim **Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg**

**Postfachanschrift: Postfach 110165, 93014 Regensburg Hausanschrift: Haidplatz 1, 93047 Regensburg,**  
schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz **zugelassenen** Form.

Die Klage muss den Kläger, die Beklagte (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen bei schriftlicher Einreichung oder Einreichung zur Niederschrift Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

<sup>\*)</sup> Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

[*Sofern kein Fall des § 188 VwGO vorliegt:*] Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

**STADT LANDSHUT**  
**Amt für Finanzen**

#### Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung

**Bpl.Nr. B-2023-238**



Mit Bescheid vom 10.10.2024 wurde dem Antragsteller, Herr Vitali Keil, die Baugenehmigung "Neubau einer Beherbergungsstätte mit 15 Betten" auf dem Grundstück Fl.Nr. 1457/2, Gem. Landshut, Papiererstraße 7, unter Nebenbestimmungen erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** erhoben werden  
bei dem

**Bayerischen Verwaltungsgericht Regensburg**  
in 93047 Regensburg  
Postfachanschrift: Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Hausanschrift: Haidplatz 1, 93047 Regensburg.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung

Die Einlegung des Rechtsbehelfs ist schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form möglich. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen!

Ab 01.01.2022 muss der in § 55 d VwGO genannte Personenkreis Klagen grundsätzlich elektronisch einreichen.  
Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

#### **STADT LANDSHUT**

##### **Baureferat**

- Bauaufsichtsamt - „

Mit freundlichen Grüßen  
i.A.

Strasser

---

Herausgegeben von der Stadt Landshut, Altstadt 315, 84028 Landshut  
Verantwortlich für den Inhalt ist der jeweilige Verfasser der Bekanntmachung